

„Grenzgängerischere“ Erfahrungen mit der Industriesoziologie – Reflexionen angesichts der spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs mit einmal umfassenderem gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch

I.

Die Zeit meiner Erwerbstätigkeit liegt inzwischen gut vier Jahre hinter mir. Ich genieße es seither, den Zwängen stetiger Projektakquise nicht mehr zu unterliegen und mich in meiner Arbeit strikt auf die Themen zu begrenzen, die mich wirklich brennend interessieren. Das Themenspektrum ist dann immer noch breit genug, aber die Spielräume zu einer produktiven Auseinandersetzung mit ihm sind enorm gewachsen. Gelegentlich nehme ich weiterhin an wissenschaftlichen Tagungen und Workshops teil. Bei manchen bin ich auch noch an Vor- und Nachbereitungen aktiv beteiligt. Wenn ich mich dort vor eigenen Diskussionsbeiträgen vorstelle, pflege ich u. a. zu sagen, dass ich 38 Jahre lang als Politikwissenschaftler auf dem Feld der Arbeits- und Industriesoziologen „gewildert“ habe. Diese Formel ergab sich einfach, so wie man seine Gedanken eben beim Sprechen verfertigt. Aber es lohnt sich, einen kurzen Moment darüber nachzudenken. Drückt sie doch beides aus: eine Affinität zu einem Fach, das dem eigenen Anspruch nach immer – oder jedenfalls doch sehr lange Zeit – mehr sein wollte als eine soziologische Spezialdisziplin unter anderen (Lutz/Schmidt 1977) und zugleich eine deutliche Distanzierung – insbesondere gegenüber dem Mainstream des akademischen Fachs, so wie es sich mir heute darstellt.

Ich bin – nach meinem Studium der Politik- und der neueren deutschen Literaturwissenschaften, ein wenig auch der Geschichtswissenschaften – zur Arbeits- und Industriesoziologie gekommen, weil ich als junger, noch sehr unfertiger Wissenschaftler die Chance bekam, mich an einem Forschungsinstitut im Ruhrgebiet der empirischen Arbeitsforschung zuzuwenden. Für einen „späten 68er“, der nach den Septemberstreiks und während der nächsten Welle „wilder Streiks“ im Sommer 1973 nach Dortmund kam, hieß das, die Chance zu haben, sich forschend, und dann auch politisch handelnd auf die Arbeiterklasse zu beziehen – bzw. auf das, was er dafür hielt. Jedenfalls waren meine wissenschaftlichen Motive damals politisch stark überformt. Und das galt nicht nur für die Generation junger WissenschaftlerInnen, mit denen zusammen ich zu Beginn der 70er Jahre an der Sozialforschungsstelle das „Handwerk“ anwendungsorientierter empirischer Arbeitsforschung zu lernen begann. Das war vielmehr ein mehr oder weniger durchgehender Trend an den anderen großen arbeits- und Industriesoziologischen Forschungsinstituten in Göttingen, Frankfurt und München und etwas später auch in Köln. Hinsichtlich der Frage von Anwendungsorientierung oder größerer wissenschaftlicher Distanz gegenüber den in unseren Forschungsfeldern Handelnden gab es aber große Unterschiede. Und zu den Wortführern der theoretischen Debatten im Fach, unter anderem entlang dieser Fra-

ge, gehörten wir an der Sozialforschungsstelle ganz sicher nicht – nicht zuletzt deshalb, weil Anwendungsorientierung mit der Herausforderung zu Inter- und Transdisziplinarität verknüpft war und wir als junge WissenschaftlerInnen alle Hände voll zu tun hatten, um im Hinblick auf diese Herausforderungen unsere Professionalität zu entwickeln. Aber das Wiederaufleben der Klassenkämpfe in Westeuropa (Crouch/Pizzorno 1978) war für die damalige ‚kritische Industriesoziologie‘ das übergreifende Thema der 1970er Jahre.

Nun gut: die „wilden 70er Jahre“ sind Geschichte, und die damals beteiligten Arbeits- und Industriesoziologen blicken heute in ganz unterschiedlicher Weise auf sie zurück. Das Fach hat von dem erheblichen Schub der Aufbruchsjahre sozialdemokratischer Reformpolitik über lange Zeit profitiert, in seinem Mainstream allerdings recht früh die, theoretisch ja auch beflügelnden, Herausforderungen der Renaissance des Marxismus – und dann der Debatten um seine Krise - abgeschüttelt. Auf einem rasch verbreiterten Fundament von Hochschullehrstühlen hat es sich in den 1980er und 1990er Jahren konsolidiert und in seinem Mainstream neoinstitutionalistische oder systemtheoretische Wenden vollzogen, um schließlich im Ausgang der 1990er Jahre in eine Debatte über die Krise des Fachs zu münden. Die wurde schließlich als eine über seine „Neuvermessung“ beendet (Huchler 2008).

Über ganz andere Wege wurde diese Diskussion in der letzten Dekade für mich so interessant, dass ich mich an ihr beteiligt habe, obwohl die Industriesoziologie - als Disziplin, nicht im Hinblick auf einzelne immer wieder wichtige Untersuchungen – meine Aufmerksamkeit seit mehr als einem Jahrzehnt kaum mehr auf sich gezogen hatte. Mich hatte Mitte der 1990er Jahre das Einschrumpfen meiner zentralen Forschungsfelder – Beteiligung, Mitbestimmung, Gewerkschaften – massiv getroffen. Vorausgegangen war in den 1980er Jahren eine recht erfolgreiche Konsolidierung unserer, einzeldisziplinär kaum mehr eindeutig zuzuordnenden anwendungsorientierten Arbeitsforschung an der sfs. Aber nach der kurzen Konjunktur der arbeits- und industriesoziologischen Transformationsforschung, die ich nutzen konnte, schlügen die Folgen des neoliberalen Rollbacks nun zurück – nach der Implosion des Realsozialismus sozusagen mit doppelter Wucht. Ich konnte da versuchen - mit aller Kraft, und mit gewissen Modifikationen der thematischen Felder, hin zu ‚New Economy, Partizipation, Netzwerken oder „neuer Arbeit“ – entlang der in den Jahrzehnten zuvor entwickelten Grundorientierungen weiter zu machen, aber ich kam nicht umhin, auch über deren Grundlagen selbst von Neuem sehr grundsätzlich nachzudenken (Martens 2010).

Über lange Zeit eher vernachlässigte einzeldisziplinäre Bezüge – für mich waren das seit Beginn der 1990er Jahre zunehmend wieder die politikwissenschaftlichen, aber auch philosophische Fragen - wurden wieder bedeutsam. Das geschah parallel zu neuen, um 2001/2 einsetzenden Anstrengungen zum Aufbau transdisziplinärer Arbeitsprozesse. Das „Forum Neue Politik der Arbeit“ (www.FNPA.de) war hier für mich der Versuch, neue Anknüpfungspunkte für beides zu gewinnen: für interdisziplinäre Debatten mit anderen Wissenschaftlern - aus Ökonomie, Ökologie, Soziologie, Ar-

beits- und Politikwissenschaften usw., aber auch mit Philosophen – und für den Versuch transdisziplinäre praxisrelevante Debatten mit Akteuren der außerwissenschaftlichen Praxis zu führen. Der industriesoziologische Krisendiskurs erschien in dieser Lage vor allem als eine Chance, nunmehr – sozusagen bewusst „grenzgängerisch“ - im Blick auf meine eigene Profilierung, wie auch auf die Schärfung des Profils „meines“ Instituts, endlich den Schritt nach vorne zu unternehmen, der mir ein Jahrzehnt zuvor noch nicht gelungen war – trotz damals mehrerer erfolgreich akquirierter Grundlagenprojekte bei DFG und VW-Stiftung. Was mich als Person anbelangt, ist dieser neuerliche Versuch wohl nicht ganz misslungen. Im Blick auf die Sozialforschungsstelle sah das etwas anders aus. Die Entwicklung vom früheren Landesinstitut zur nun zentralen wissenschaftlichen Einrichtung der TU-Dortmund brachte ohnehin einen unabsehbaren schlechenden Trend hin zu einer Reakademisierung und gleichzeitigen Schwächung der in Jahrzehnten mühsam aufgebauten Anwendungsorientierung mit sich. Die wissenschaftliche Orientierung auf das Thema „soziale Innovation“ als neues Leitthema (Howaldt/Jacobsen 2010) führte zudem dazu, dass Arbeitsforschung an der Sozialforschungsstelle randständig zu werden begann. Mein alter Forschungsbereich hielt das Thema zwar weiter besetzt, aber das Institutsprofil wurde deutlich ein anderes. Meine Auseinandersetzung mit der Arbeits- und Industriesoziologie blieb für die sfs also ohne größeren Belang.

Das sind, knapp umrissen, die Ausgangsbedingungen, von denen her ich mich heute dem Gegenstand dieses Essays zuwende – und die inzwischen nochmals gewachsene Distanz zur „Zunft“ eröffnet vielleicht die Chance zu einigen neuen und produktiven Überlegungen. Wissenschaftlich hätte ich in der Sache meinen Argumenten kaum etwas hinzuzufügen, die ich am Ende der erwähnten „Krisendebatte“ des Fachs vertreten habe.¹ Mich interessiert das Fach, in dem ich keinerlei akademische Reputation mehr gewinnen muss und will, vor allem in zweierlei Hinsicht: zum einen frage ich mich vor dem Hintergrund der eigenen „grenzgängerischen“ Berufsbiographie, was es mir bedeutet hat und, zumindest in einigen Nischen, noch bedeutet. Das ist ein durchaus biographisch und subjektiv geprägter Blickwinkel. Zum anderen überlege ich noch einmal, welchen Stellenwert die Arbeits- und Industriesoziologie im Mainstream ihrer spezialdisziplinären Selbstreferentialität und Selbstbescheidenheit für die Bewältigung der arbeitspolitischen Herausforderungen der Zeit noch hat. Denn als Spezialdisziplin hat sie, meines Erachtens - vor allem in ihren arbeitssoziologischen Forschungssträngen – mit Sicherheit immer noch einiges anzubieten. Dort arbeiten allerdings Kollegen, die das Fach nicht primär aus einem akademischen Blickwinkel heraus betrachten (Sauer 2008). Ich werde im Folgenden, der Form des Essays gemäß, überwiegend kurSORisch und nicht immer mit genauen Belegstellen auf die wissenschaftliche industriesoziologische Diskussion eingehen und anders als in meinen zahlreichen wissenschaftlichen Texten² zunächst persönlichen Motivlagen

¹ Zu meiner Positionierung in der Industriesoziologischen „Krisendebatte“ siehe Martens 2007 und 2008a und b.

² Und da sind in diesem Zusammenhang auch meine Bemühungen um eine bessere theoretische Fundierung des Typus anwendungsorientierter Arbeitsforschung zu nennen, dem ich

und subjektiven Betroffenheiten größeren Raum geben. Erst im zweiten Hauptteil dieses Essays werde ich auf meinen wissenschaftlichen Blick auf das Fach heute zu sprechen kommen. Die essayistische Form bedeutet freilich nicht, dass ich hier „locker“ dahin schreibe. Ganz im Gegenteil. Mein heutiger Blick auf das Fach ist mit großer Genauigkeit durchdacht und geschrieben – ganz in dem Sinne, in dem ich mich auf meiner Homepage in dem einleitenden Text zu der Rubrik Essays, angelehnt an Michel de Montaigne über das tastende Probieren und Versuchen dieser Form, des Nachdenkens über sich selbst und die Fragen des Lebens geäußert habe. Und die empirische Arbeitsforschung ist zweifelsfrei ein sehr wichtiger Teil meines Lebens.

II.

Ich begann an der Sozialforschungsstelle im Sommer 1973. Deren konzeptionelle Rahmenorientierung war von Willi Pöhler vorgegeben. „Der Soziale Konflikt als Hauptaspekt industriesoziologischer Forschung“ (Pöhler 1971) war das Leitthema. In Bezug auf Streiks, Konflikte um Betriebsstilllegungen und Auseinandersetzungen im Bereich der beruflichen Bildung sollte es bearbeitet werden. Ich war finanziert über ein DFG-Projekt über „offene und verdeckte Konflikte im Betrieb“, das sich zu einer Untersuchung des Chemiestreiks von 1971 entwickelt hatte und noch bis zum Frühjahr 1976 gefördert wurde (Dzielak u.a. 1978). Der Forschungsförderungsschwerpunkt hieß „Industrie- und Betriebssoziologie“. Das war eine Ettikettierung, die aus meiner Sicht – auch ausweislich vieler der dort beantragten und auch einiger der geförderten Projekte - immer noch dem Diktum von Wilhelm Baldamus(1960) Recht gab. Er hatte argumentiert, man habe es mit einem akademischen Fach zu tun, das im Grunde theoretisch wenig profiliert sei. Im Mainstream behandle es mehr oder weniger deutlich Fragen, bei denen es, ähnlich der Betriebswirtschaftslehre, letztlich vor allem um Probleme der Sicherung der Effizienz einzelwirtschaftlichen Handelns gehe. Aber eine sich kritisch verstehende Industriesoziologie war im Kommen, und

in meiner Zeit als Arbeitsforscher an der sfs verpflichtet gewesen bin. Dazu verweise ich auf mehrere Aufsätze, die auch auf dieser Homepage zu finden sind: (1) „Forschung, Transfer und Beratung. Forschung, Organisations- und Politikberatung in Zeiten großer Orientierungsbedarfe“ (geschrieben 1999 und überarbeitet veröffentlicht im Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2), (2) „Das Ende der kritischen Industriesoziologie und der mögliche Beitrag empirischer Sozialforschung für eine neue Politik der Arbeit“ - geschrieben 2003 als Replik auf Michael Schumanns Aufsatz über „Die „Zukunft der Kritischen Industriesoziologie“, aber seinerzeit nicht zur Veröffentlichung angenommen - sowie (3) „Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der „Wissensgesellschaft“ und der Nützlichkeits- und Wahrheitsbezug der Wissenschaften“ - geschrieben 2003 anlässlich einer sfs-Tagung zu „Forschung und Beratung“ im Blick auf den danach erschienenen Sammelband, dafür aber von den Mitgliedern neuen sfs-Geschäftsführung als Herausgebern nicht berücksichtigt und dann erschienen in Katenkamp/Peter (2003). Eine wissenschaftlich systematisch ausgearbeitete Bilanz meiner Arbeit an der Sozialforschungsstelle Dortmund „im Blick nach vorn“ habe ich schließlich nach dem Ende meiner Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 in Buchform vorgelegt (Martens 2013).

verglichen mit heutigen Bedingungen waren Förderungszeiträume für Forschungsprojekte, wie sie die DFG damals bot, geradezu üppig. Meine Arbeit in den ersten Monaten an der sfs bestand in einer Dokumentation der zahlreichen inoffiziellen Streiks des Sommers 1973. Mit einiger Erfahrung aus gewerkschaftlicher Jugendbildungsarbeit stieg ich zudem in die Erwachsenenbildungsarbeit von IG Chemie-Papier-Keramik und IG Metall ein. Bis Mitte der 1980er Jahre war unter uns am Institut dieser vorwissenschaftliche Erfahrungsraum unumstritten – auch wenn diese Bildungsarbeit dem Negtschen Erfahrungsansatz aus der Bildungsoboleutezeit der IG Metall (Negt 1967) zunehmend weniger verpflichtet war und unsere Spielräume, an ihm festzuhalten begrenzt waren. Vor allem hier erschloss sich mir die Erfahrungswelt von Industriearbeitern, und hier konnte ich Wesentliches zum Transfer meiner Forschungsergebnisse lernen. Aber hier erlebte ich auch am handgreiflichsten die Widersprüche zwischen dem Label der wiedergegründeten sfs - nämlich einer phänomenologischen Orientierung, für die der Institutedirektor stand - und dem eher strukturalen marxistischen Denken, mit dem ich frisch von der Universität gekommen war. Meinen jungen KollegInnen ging es nicht so ganz anders.

Nur fehlten – trotz durchaus komfortabler Projektausstattungen – die Voraussetzungen, das wissenschaftlich angemessen zu verarbeiten. Pöhler war schon bald in Bonn – und im Institut gab es nach ihm niemanden, der hierzu einen zielführenden theoretischen Diskurs hätte vorantreiben können. Wir lernten, z. T. experimentierend, mit dem wissenschaftlichen Handwerkszeug qualitativer Forschung angemessen umzugehen, vor allem aber unsere Fähigkeiten zum Transfer unserer Ergebnisse zu verbessern und als wissenschaftliche Berater Standing zu entwickeln. Kennzeichnend für unsere Prioritätensetzung ist da vielleicht, dass wir 1973/74 aus dem erwähnten DFG-Projekt heraus zuerst ein Arbeitsheft zum Thema Streik für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu schreiben begannen. Der nächste Zwischenbericht für die DFG hingegen war buchstäblich zweitrangig. Und das galt ähnlich für die persönliche Profilierung im wissenschaftlichen Diskurs. Vorrangig war für uns, Resonanzen bei unseren Forschungsobjekten zu erzeugen, die wir als Subjekte in ihren jeweiligen Handlungsfeldern ernst zu nehmen entschlossen waren. Positive Resonanzen bei einzelnen Wissenschaftlerkollegen – z. B. 1976 bei einem Treffen mit Hermann Kotthoff, der sich, wohl damals schon auf dem Weg zu einer institutionentheoretisch unterlegten Betriebsratsforschung, stark für unsere Sekundäranalysen zu gewerkschaftlicher Betriebspolitik interessiert hatte – nahmen wir gerne mit. Und dass der damalige Vorsitzende unseres wissenschaftlichen Beirats, Christian von Ferber um die Mitte der 70er Jahre, unserer Forschung, in einem Brief an Willi Pöhler eine bis dahin unerreichte Wirklichkeitsnähe bescheinigte, machte uns stolz. Aber größere Auftritte – und das waren dann schon die Moderation einer Arbeitsgruppe auf der 50-Jahresfeier des IfS 1974 oder ein Referat auf dem Soziologentag 1978 und ganz gelegentlich die Produktion von Aufsätzen über die „graue Literatur“ der Forschungsberichte hinaus - blieben äußerst spärlich. Die Debatten über unser Verständnis von Anwendungsorientierung – für die Größen der Zunft war das eine Entscheidung „zwischen Aufklärung und Sozialtechnologie“ (vgl. Deeke 1982) – führten Andere, wie etwa Werner Fricke. Auch unsere Buchpublikationen – nach dem „Gesellenstück“

zum Chemiestreik 1978 (Dzielak u.a. 1978) waren das zwei weitere Streikuntersuchungen (Dzielak u.a. 1979 und 1981) – zielten weniger auf die wissenschaftliche und eher auf eine interessierte gewerkschaftliche Teilöffentlichkeit – bei der Metallstreikstudie mit einer Auflage von 1.600 Exemplaren nicht ohne Erfolg. Und im Maße, wie wir über einen „sehr langen Anlauf“ als junge Sozialwissenschaftler eine „doppelte Professionalität“ entwickelten – Ulrich Oevermann (1996) hat mit dieser Formulierung sehr viel später die Kenntnis des wissenschaftlichen State of the Art *und* eine Qualifizierung zur Beratung im Sinne eines professionellen Klientelbezugs bezeichnet - verlor der spezielle Disziplinbezug an Bedeutung. Schließlich erforderte nicht erst die Anwendungsorientierung, sondern schon die angemessene Analyse sozialer Konflikte Interdisziplinarität bzw. das „Durchschreiten“ unterschiedlicher Disziplinbezüge. Um einen Streik - im Hinblick auf Schlussfolgerungen vor allem für die an ihm Beteiligten – angemessen zu interpretieren, reichte die soziologische Analyse von deren Handeln schwerlich aus. Betriebs- und volkswirtschaftlich, juristisch und politikwissenschaftlich zu klärende Bedingungen waren gleichermaßen wichtig. Die Blickwinkel unter denen der soziale Konflikt zu betrachten war, vervielfachten sich (Pöhler 1971).

Nach dem Ende der kurzen Blütephase sozialdemokratischer Reformpolitik im Zeichen des schon beginnenden, freilich erst sehr viel später in seinen Konsequenzen begriffenen, neoliberalen Rollbacks beginnt mit den 1980ern für mich eine Phase relativ erfolgreicher Konsolidierung meiner arbeitsorientierten anwendungsorientierten Forschung. Zwar endet die Phase der Konfliktforschung, ohne dass wir in meiner Forschungsgruppe den theoretischen Ertrag langjährig kumulierten Forschungswissens wirklich ausgeschöpft hätten. Christian von Ferber hat mich, noch Ende der 1970er Jahre, auf einer Sitzung des wissenschaftlichen Beirats der sfs nach diesem Ertrag gefragt und mir die eigenen Schwächen sehr klar vor Augen geführt, ohne mich dabei bloßzustellen. Auch war die weitere Entwicklung des Instituts – zwischen der Fortsetzung anwendungsnaher Arbeitsforschung als Landesinstitut oder dem Weg zu einem eher industriesoziologisch ausgerichteten und am akademischen Diskurs orientierten Institut - eine Zeitlang ungewiss, aber wir konnten die ursprüngliche Orientierung durchhalten. und auf meinen neuen Forschungsfeldern wie Mitbestimmung, Beteiligung, Gewerkschaften ließen sich Anwendungsorientierung und Arbeitsbezug verstetigen. Für die erfolgreiche Bestandsaufnahmeforschung zum MitbestG '76, interessierte sich sogar die Sektion Industriesoziologie, die um die Mitte der 1980er Jahre aus meinem Wahrnehmungshorizont eigentlich schon verschwunden war. Immerhin, beim vierzigjährigen Jubiläum der sfs 1986 spielten die Bezüge zum Fach für mich noch einmal eine etwas größere Rolle, und hier konnten wir – also die junge Wissenschaftergeneration, die Anfang der 1970er Jahre am Institut begonnen hatte – uns schon einigermaßen selbstbewusst präsentieren. Die weitere Entwicklung des akademischen, inzwischen an etlichen Universitäten verankerten Faches nahm ich aber im Übrigen, wenn überhaupt mit Skepsis als Wende zu neo-institutionalistischen (Müller-Jentsch, Kotthoff) oder eher systemtheoretisch inspirierten Ansätzen (Bracyk, Kühl) wahr. Und die Konsolidierung der eigenen Arbeiten trug zunächst recht gut. Sie schloss - zusammen mit mehreren erfolgreichen, zu-

nehmend wirklich professionell bearbeiteten empirischen Projekten - die mehr grundlagentheoretische Auseinandersetzung mit phänomenologischen Ansätzen, der Systemtheorie wie auch der Theorie des kommunikativen Handelns und der politischen Institutionentheorie ein (Peter 1992). Ende der 1980er Jahre mündet dies in die erfolgreiche Akquise mehrerer grundlagentheoretisch orientierter Projekte. Jeweils eines konnte ich in den damaligen industriesozialistischen und politikwissenschaftlichen Förderschwerpunkten der DFG unterbringen, ein weiteres bei der VW-Stiftung und eines bei der Hans-Böckler-Stiftung. Außerdem gehörte ich von diesem Zeitraum an dem wissenschaftlichen Leitungsgremium der sfs an.

Doch gerade diese Projekte markierten für mich in eins Erfolg und Grenzen meiner Möglichkeiten. Keines der Projekte scheiterte. Zu allen gibt es Buchpublikationen und Aufsätze – ein, zwei sogar exponiert, allerdings außerhalb des industriesozialistischen Diskurses (Martens 1994 und 1996). Alle Projekte bauten auf einem relativ ausgearbeiteten konzeptionellen Rahmen auf, für den wir nach Außen die Formel einer „arbeitspolitischen Erweiterung gewerkschaftlicher Interessenvertretung“ verwendeten (Martens/Peter 1990, Martens 1992), intern gelegentlich auch mit Helmut Schelskys Formulierung vom „stabilen institutionellen Wandel“ spielten – explizit verbot sich diese Bezugnahme ohne aufwendige Auseinandersetzung schon allein deshalb, weil die Neugründung der sfs 1972 konzeptionell im bewussten Bruch zur vorausgegangenen Schelsky-Ära erfolgt ist. Aber alle diese damaligen, stärker grundlagenorientierten Projekte blieben doch dem „institutseigenen Mainstream“ angewandter empirischer Arbeitsforschung nachgeordnet. Unsere „Brotprojekte“ hatten dort im Zweifel immer Vorrang. Hier konnte man in den entsprechenden Förderprogrammen bei Bund, Land und EU in begrenztem Umfang auch Mittel zum Ausbau der eigenen Infrastruktur einwerben. Aber auch dann, wenn sich hier Forschungsprojekte mit den erzielbaren Fördermitteln professionell abwickeln ließen, so beruhte eine sie weiter fundierende und unverzichtbare theoretisch-konzeptionelle Arbeit doch immer auf Zusatzleistungen der ProjektmitarbeiterInnen, für die sich im Rahmen dieser Projektförderung keine Mittel einwerben ließen. Projektübergreifende theoretische Diskussionen ließen sich so kaum organisieren. Sie wären aber für beide Projekttypen an der sfs, die anwendungsorientierten wie auch die stärker grundlagentheoretisch ausgerichteten, äußerst hilfreich gewesen. Es gab zwar, wie ich an anderer Stelle gezeigt habe (Martens 2013, 242-254) stetige Anstrengungen, an der immer besseren grundlagentheoretischen Fundierung unserer anwendungsorientierten Arbeitsforschung auch projektförmig zu arbeiten; aber die Schwierigkeiten, dies neben der laufenden Arbeit in empirischen Projekten der „Auftragsforschung“ mit hinreichender personeller Kontinuität zu bewerkstelligen, waren immens – und entsprechende Anstrengungen wurden typischerweise immer erst dann verstärkt, wenn eine kritische Entwicklung dazu zwang.

In den 1990er Jahren war das noch nicht der Fall, und eine übergreifende konzeptuelle Diskussion am Institut stagnierte. Für mein damaliges Grundlagenprojekt im politikwissenschaftlichen Förderschwerpunkt der DFG war das kein so großes Problem, denn in diesem ausdrücklich theorieorientierten Schwerpunkt wurde ein solcher

Prozess unter den verschiedenen Projektnehmern organisiert. Die beteiligten Wissenschaftler – es war damals nach meiner Erinnerung in der Tat eine rein männliche Veranstaltung - hatten den Anspruch, gemeinsam „einen Kuchen zu backen“. Ich beteiligte mich und profitierte, hatte aber als Arbeitsforscher an der sfs keine weiteren Anknüpfungspunkte im politikwissenschaftlichen Diskurs. Bei den Industriesoziologen ging es hingegen eher darum, jeweils einzeln „ein (möglichst großes) Kuchenstück abzubekommen und zu verspeisen“. Es hätte einiger Anstrengungen bedurft, wollte man sich hier aus einem erfolgreich akquirierten Projekt heraus mit gut ausgearbeiteten Aufsätzen im spezialdisziplinären Diskurs des Faches innovativ, womöglich selbst Themen setzend, profilieren. Das entsprach einem Muster eher konkurrenzhafter Beziehungen, das ich jedenfalls als „Grenzgänger“ hier erlebte. Und für solche Konkurrenz im eigenen Hause Support zu bekommen, lag eben ein Stück weit quer zu den dort gegebenen, z.T. aber wohl auch hausgemachten Handlungswängen an der sfs selbst.

Im Ergebnis waren die 1990er Jahre so – trotz mancher weiterführender Projekte und einiger anspruchsvoller Aufsätze, die ich in Sammelbänden unterbringen konnte - wissenschaftlich eher ein verlorenes Jahrzehnt – zumal sich zunehmend zeigte, dass in der sozialen Wirklichkeit von einem „stabilen institutionellen Wandel“ oder einer „arbeitspolitischen Erweiterung gewerkschaftlicher Interessenvertretung“ keine Rede sein konnte. Innerhalb der sfs war ich mit meinen eher grundlagentheoretisch orientierten Projekten zudem zunehmend ein „Einzelkämpfer“. Umgekehrt mögen sich die Repräsentanten der Zunft gegenüber der sfs-Variante von „big science“ in ihren Vorbehalten bestätigt gesehen haben. Mit vielleicht ganz leichtem ironischen Unterton wurde diese Bell'sche Formulierung uns gegenüber jedenfalls vereinzelt verwendet, auch wenn sie in der Sache kaum traf. Und zugleich wurde man das Gefühl nicht los, dass man von den Großen des Faches, die man gelegentlich ja traf – auf Tagungen oder in Projektbeiräten – irgendwie als „kleiner armer Verwandter“ behandelt wurde. Sicherlich waren unsere „Brotprojekte“ zu der Zeit ordentlich ausgestattet, wuchs das Institut und konnten wir als Landesinstitut, dank der „Internationalen Bauausstellung Emscherpark“, 1996 auch in neue, gut ausgestattete Räumlichkeiten umziehen – besser ausgestattet als an den meisten Universitätslehrstühlen, die ich aus der Nähe kennen lernte. Auch konnten wir mit der Digitalisierung unserer eigenen Arbeit Produktionsformen unseres „Manufakturzeitalters“ hinter uns lassen. Mit „big science“ hatte das alles jedoch kaum zu tun. denn die Mittel, die wir mit unseren Projekten abgreifen konnten, waren an dieser Vorstellung bemessen bescheiden. Vielmehr kündigte sich die massive Abschwächung der Schubkraft aus dem „großen reformpolitischen Jahrzehnt“ der Sozialdemokratie für unsere Forschung inzwischen deutlich an. Den Bedingungen, die innerhalb des akademischen Faches mit Beginn des neuen Jahrhunderts Anlass für eine Krisendebatte wurden, entsprach so auch schon bald eine vergleichbar kritische Entwicklung an der sfs.

III.

Ich habe weiter oben, u.a. vor dem Hintergrund einer rasch wachsende Zahl von Soziologielehrstühlen in den 1970er Jahren davon gesprochen, dass ich die Entwicklung des akademischen Fachs mit dem Ende der stark neomarxistisch inspirierten Forschung der 1970er Jahre als eine Wende zu neo-institutionalistischen oder eher systemtheoretisch inspirierten Ansätzen verstanden habe. Diese Wahrnehmung fiel umso schärfer aus, als sich die Entwicklung der empirischen Sozialforschung, und gerade auch der Arbeitsforschung, zuvor als einen Prozess der Zunahme außeruniversitärer Institute und Einrichtungen vollzogen hatte. In den Worten Christian von Ferbers (1997): „Die Sozialforschung“ – und das ist freilich weiter gefasst als ein enger industriesoziologischer Disziplinbezug – ist „nach der Etablierung der soziologischen Institute an den Universitäten rasch aus dem elfenbeinernen Turm heraus in die unterschiedlichsten Praxisfelder vorgedrungen und hat sich hier eine starke Infrastruktur aufgebaut. Sie hat so auf den sozialen Wandel der Gesellschaft in der Bundesrepublik sensitiv reagiert, ihn vielfach vorausschauend wissenschaftlich begleitet und unterstützt.“ Als Christian von Ferber aber von dieser Einschätzung ausgehend anlässlich des 25jährigen Bestehens des Kölner „Instituts zur Erforschung sozialer Chancen“ (ISO), Sozialforschung als „zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung“ zu charakterisieren suchte, war ein Prozess der Reakademisierung von solcher Forschung bereits wieder im vollen Gange – das ISO z. B. hat sein Jubiläum nicht allzu lange überlebt und an der sfs, wie auch in etlichen anderen außeruniversitären Einrichtungen, begann in der nächsten Dekade schon bald ein sich deutlich beschleunigender Schrumpfungsprozess. Die Zahl unserer wissenschaftlichen MitarbeiterInnen verringerte sich im Jahrzehnt von 2003 bis 2013 von über 50 auf ca. 25 um gut die Hälfte. Außerdem lag es spätestens seit Beginn der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts nahe, darüber nachzudenken, ob man es nicht eher mit tiefgreifenden Umbrüchen statt mit einem sozialen Wandel zu tun hatte.

Es verwundert vor dem Hintergrund der schon in den 1990er Jahren einsetzenden Reakademisierung nicht, dass der kurz nach 2000 beginnende Krisendiskurs der Industriesoziologie einen deutlich erkennbaren akademischen Bias hatte, wie Dieter Sauer (2008) völlig zutreffend konstatiert hat. Aus seiner Sicht gab es mittlerweile „an einer institutionellen Krise des akademischen Fachs kaum einen Zweifel“. Angesichts einer sinkenden Zahl von Lehrstühlen, so argumentierte er, versuche das Fach seine „Identität als akademische Disziplin neu zu verorten und gegenüber anderen Disziplinen zu verteidigen.“ Diesbezüglich machte er sich allerdings keine wirklichen Sorgen. Zweifel hatte er hingegen, ob eine solche „innerakademisch“ orientierte Debatte“ den Hintergrund und Status ihrer Krise hinreichend klären könne. Und aus Seiner Sicht ging es nicht um die Zahl der Lehrstühle oder die Reputation des Fachs innerhalb der Soziologie sondern um die Frage der „gesellschafts- und arbeitspolitischen Relevanz industriesoziologischer Forschung und ihr zeitdiagnostisches Interpretationsangebot.“ Dieter Sauer ist andererseits hinsichtlich der Chancen zur neuerlichen Stärkung der Traditionslinien einer „kritischen Industriesoziologie“, denen er sich eng

verbunden sieht, zweifellos skeptischer als Michael Schumann, der sechs Jahre zuvor mit der Veröffentlichung seiner Abschiedsvorlesung die Krisendebatte des Fachs ausgelöst hatte. Er hatte damals (Schumann 2002) die Frage nach dem Ende der „kritischen Industriesoziologie“ aufgeworfen und dahingehend beantwortet, dass angesichts „neuer gesellschaftlicher Turbulenzen“ die Chancen für eine Revitalisierung des Fachs gut stünden. Anders als Dieter Sauer hat er allerdings zwischen einem stärker akademisch orientierten Diskurs und den Arbeiten von zeit- und praxisnäher forschenden Instituten, er spricht hier von „anwendungsorientierter Grundlagenforschung“, nicht weiter unterschieden. Und er hat diese Chancen vor allem in einer Zusitzung auf arbeitssoziologische Fragen gesehen, worauf ich gleich noch näher eingehen werde.

Zuvor möchte ich aber Dieter Sauers Frage nach der gesellschafts- und arbeitspolitischen Relevanz der stärker akademisch orientierten Forschung ein wenig vertiefend behandeln. Zweifel sind hier aus meiner Sicht nur allzu berechtigt. Ich denke man kann dies gut am Beispiel der Mitbestimmungsforschung zeigen. Deren Ergebnisse sind unlängst in der Zeitschrift „Industrielle Beziehungen“ bilanziert worden. Neben Human Ressource Management und Forschungen zu Gewerkschaften und Tarifvertragsbeziehungen aus arbeitsmarktkonomischer und arbeitsrechtlicher Sicht³ liegt hier in einer Bilanz der industriesoziologischen Forschung ein Schwerpunkt. Dabei fällt zunächst auf, dass Hermann Kotthoff eine Bilanz der Betriebsratsforschung vorlegt, nicht der Mitbestimmungsforschung, die in Deutschland ja in der frühen Phase der Entwicklung der Industriesoziologie Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen zum Thema hatte - mit guten Gründen. Nach ganz kurzer Erwähnung der Industriesoziologischen Forschung zur Montanmitbestimmung in den 1950er Jahren konstatiert er für die 1960er und 70er Jahre eine zwanzigjährige „dunkle Phase der Betriebsratsforschung“, die erst nach dem Ende der „neomarxistischen Wende des Faches“ zu Ende gegangen sei. Und dann legt er den Schwerpunkt allein auf die betriebliche Mitbestimmung.⁴ Einmal abgesehen von dieser für die seitherige akademische Forschung in der Tat fast selbstverständlichen Begrenzung auf die betriebliche Mitbestimmung, ist schon diese Ausgangsthese verkürzend bis falsch. Sie ist offensichtlich eine Folge der Verengung des Blicks auf den engeren akademischen Diskurs. Friedrich Weltz z. B. hat seine für die weitere Forschung richtungsweisende These der „kooperativen Konfliktbewältigung“ durch die betrieblichen Interessenvertretungen zuerst 1977 in zwei Aufsätzen in den Gewerkschaftlichen Monatsheften dargelegt. An der Sozialforschungsstelle ist die auf Betriebsräte und Vertrauensleute gestützte gewerkschaftliche Betriebspolitik und die Betriebsräte als deren „strukturelles Zentrum“ spätestens seit Mitte der 1970er Jahre Gegenstand intensiver Forschungsarbeit gewesen (Dzielak u. a. 1978), auf die Kotthoff seinerzeit ja auch auf-

³ Die Titel zu diesen Bilanzierungen legen es nahe, auch hier wieder konzeptionelle Akzentsetzungen zu vermuten, wie sie einst Baldamus konstatiert hatte.

⁴ Und die Untersuchung, die dann den Neubeginn einer im Weiteren als Erfolgsgeschichte präsentierten neuen Betriebsratsforschung gemacht hat, ist dann für ihn seine eigene Freiburger Studie von 1981.

merksam wurde, oder Betriebsratshandeln spielte im Zusammenhang mit Untersuchungen zum „Betriebsalltag von Industriearbeitern“ oder im Kontext von Stillegungskonflikten eine Rolle (Lichte 1978, Bosch 1978). Und ebenso war Betriebsratshandeln in mehreren Untersuchungen im Rahmen des HDA-Programms, die auf Beteiligung und Mitbestimmung zielten, von erheblicher Bedeutung.

Gravierender im Hinblick auf die Frage nach gesellschafts- wie arbeitspolitischer Relevanz des Fachs dürfte allerdings sein, dass die in Deutschland von der Stabilität der betrieblichen Mitbestimmung faszinierte „Mainstream-Industriesoziologie“ seit den 1980er Jahren einen erweiterten institutionellen Ansatz zum „Leitfaden für die Darstellung und Analyse“ der industriellen Beziehungen (Müller-Jentsch 1996,77) gewählt hat. Hermann Kotthoff (2013) hat die seitherige, ganz überwiegend akademische, Forschung zur betrieblichen Mitbestimmung – in der aber immerhin Arbeiten wie die von Weltz u.a. (1984) oder Hildebrandt (1991) vorkommen, die sich konzeptionell vom Mainstream deutlich abheben - dann detailliert als eine Erfolgsgeschichte nachzuzeichnen versucht. Wohl eher unfreiwillig räumt er dabei die grundlegende Schwäche dieser Forschungslinie in seinem Verweis auf Forschungslücken ein. Denn wenn er schreibt, dass „die Frage, wie diese unwahrscheinliche Idee (der Mitbestimmung H. M.) angesichts der realen Konfliktkonstellationen historisch real werden konnte, (...) nicht hinreichend geklärt“ sei (a. a. O. 335), dann verweist das exakt auf die Schwerpunktsetzungen der Mainstreamforschung zurück, die er zu Beginn seiner Bilanz hervorhebt, nämlich: „Institutionenkunde ..., Prozesse der Interaktion, Mechanismen der Integration ..., Einbettung in umfassendere normative Ordnung“ (a. a. O. 225). Die Fragestellungen verweisen auf die zugrunde liegenden Erkenntnisinteressen und ziehen die offenen Fragen nach sich. Wer von einem institutionellen Ansatz aus fasziniert vor allem auf Binnenstrukturen und Integrationswirkungen der Institution schaut, und dabei Institutionen und Arenen als „Ergebnisse pfadabhängiger Entwicklungen und interaktiver Lernprozesse begreift, welche – als „geronnene Interessenkompromisse“ – die weiteren Interaktionen der Akteure regulieren (Müller-Jentsch 1997, 82), also auch in die Zukunft hinein pfadabhängig festlegen, der lässt sich von einem arg selektiven Blickwinkel leiten. Seine Forschungen werden dahin tendieren, tendenziell „immer mehr von immer weniger“ zu erfahren. Er produziert Artefakte eines spezifisch eingeengten einzeldisziplinären Zugriffs auf eine komplexe Realität. Denn die Mainstreamforschung bewegt sich dabei nicht einmal auf dem Niveau fortgeschrittenster Institutionentheorie (Rehberg 1994). Karl Siegbert Rehbergs „Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen“ (TAIM) gehen nämlich, weiter ausgreifend und theoretisch höchst fundiert, der Frage nach, wie Institutionen sich aus sozialen Bewegungen heraus entwickeln und stabilisieren, aber auch wieder erodieren und verschwinden können. Man hätte hier also von einem sehr klugen Konservativen, dem letzten Assistenten von Arnold Gehlen, einiges zur Behebung der theoretischen Schwächen lernen können, die Kotthoff am Ende seiner Bilanzierung beklagt.⁵. Aber ganz abgesehen da-

⁵ Ich möchte hier darauf hinweisen, dass die die Mitbestimmungsforschung der sfs aus den Anregungen des politikwissenschaftlichen Forschungsschwerpunktes heraus, in dem Rehberg sein Konzept ausgearbeitet hat (vgl. aber auch unsere eigenen theoretischen Vorarbei-

von hat Britta Rehder (2006) innerhalb des akademischen Diskurses im Rückbezug auf Friedrich Fürstenbergs frühe Analyse des Betriebsrats als einer „Grenzinstitution“ (Fürstenberg 1959) nicht nur empirisch, sondern auch theoretisch Stabilitätsprobleme der betrieblichen Mitbestimmung vor dem Hintergrund einer zunehmenden Zahl von Standortkonflikten im Konjunkturzyklus 2002-2008 konstatiert. Dass sich mit diesen Konflikten unter den sich verändernden Bedingungen des neoliberalen Rollbacks „am Ende der Deutschland AG“ große und neue Herausforderungen für gewerkschaftliche Mitbestimmungsvorstellungen ergeben, ist eine der zentralen Thesen der empirischen Untersuchung solcher Standortkonflikte in der empirischen Untersuchung, die ich zusammen mit Uwe Dechmann durchgeführt habe (Martens/Dechmann 2010). Und Detje u.a. (2008) zählen allein für den Organisationsbereich der IGM im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 über 50 solcher Standortkonflikte. Wir haben es hier also mit einem empirisch ziemlich gut belegten Trend zu tun, der zunächst einmal ganz und gar nicht dafür spricht, dass die Durchsetzungs- und Gestaltungskraft der Betriebsräte in dieser Phase sogar gewachsen wäre, sie also als „Co-Manager“ (Müller-Jentsch/Seitz 1998, Minssen/Riese 2006) gestärkt worden wären.

Oft macht Hermann Kotthoffs Bilanzierung unter institutionentheoretischem Blickwinkel und bei wiederholter Hervorhebung einer bemerkenswerten Stabilität der Institution Betriebsrat im Übrigen den Eindruck, dass der akademischen Blick zu einer sehr selektiven Wahrnehmung der vorliegenden Forschung insgesamt führt. Dies ärgert mich in seinem Falle vor allem deshalb, weil der als damaliger Geschäftsführer des ISO-Saarbrücken seit 2000 in einem etwas engeren Arbeitszusammenhang mit der Sozialforschungsstelle Dortmund gestanden hat, in dem es um Forschung und Beratung ging (Heinz u.a. 2001) und aus dieser Kooperation heraus in den Jahren 2004-2005 eine empirische Untersuchung über Euro-Betriebsräte an der sfs durchgeführt hat. Wir standen damals in einem relativ engem Austausch, und er müsste einige der neueren Forschungsarbeiten der sfs zu Betriebsräten, zur betrieblichen Interessenvertretung von Höherqualifizierten sowie zu deren Verhältnis zu den Gewerkschaften kennen kennen. Wir haben jedenfalls wiederholt diskutiert und ein, zwei Manuskripte zu neuen, laufenden Projekten habe ich ihm damals persönlich gegeben. Auch fand er damals unsere Evaluation des IG Metall-OE-Projekts „Beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Betriebspolitik“ interessant genug, um mich zu einem Referat dazu auf einem „Meilenstein-Workshop“ seiner laufenden Evaluation zu einem Nachfolg-

ten bei Peter 1991 und Martens 1994), in den 1990er Jahren zahlreiche empirische Projekte zum Betriebsratshandeln durchgeführt hat, um Mitbestimmung als intermediäre Institution und darin das Alltagshandeln von Betriebsräten besser zu verstehen (Martens 1996, Bürger 1992/96, Klatt 1995, Frerichs/Martens 1999), oder aber die Entstehung von Mitbestimmung – in Betrieb *und* Unternehmen als soziale Institution im Zuge der Transformationsforschung soziologisch gehaltvoll analysieren zu können (Kapp/Martens 1995, Martens 1996, rückblickend Martens 2013, 57-79). Bei Martens (2013, 36-57) werden insgesamt 14 sfs-Projekte aufgelistet, in denen Beteiligung und Mitbestimmung im Zentrum theoretisch anders akzentuierter Fragestellungen stehen – und dabei ist die Stahlforschung der sfs (im Überblick Hindrichs u.a. 2000) noch nicht berücksichtigt.

projekt der IGBCE zu „Experten in eigener Sache“ zu bitten. Und nach meiner Erinnerung habe ich seine Erwartungen voll erfüllt. Andererseits ist durchaus denkbar, dass ihn die Berührungen mit den Arbeiten an der sfs seinerzeit im Ganzen eher enttäuscht haben. Angesichts der damals schon schwierigen Entwicklungen dort, könnte er dafür durchaus Gründe gesehen haben. Aber man hätte erwarten dürfen, dass er die Forschung, mit der er bei uns konfrontiert wurde und die er auch genutzt hat, in seiner späteren Bilanzierung immerhin kritisch zur Kenntnis nimmt und nicht einfach ignoriert.

Hinzu kommt, dass er etliche der Untersuchungen, die er dann für seine Bilanz heranzieht, sehr einseitig Interpretiert. Das gilt, um nur einige Beispiele zu nennen, sogar für seine eigene erste Untersuchung über die Orientierungen von Führungskräften (Kotthoff 1997), bei der er deutlich stärker als in der Follow-Up-Studie zwölf Jahre später Verunsicherungen und z. T. vorsichtiges Interesse für die Gewerkschaften gefunden hat. In der Follow-Up-Studie ist das u.a. auch deshalb anders, weil in ihr die Unternehmen, in denen es die größten Turbulenzen gegeben hat, durch andere Unternehmen mit stabilerer Entwicklung ersetzt wurden.⁶ Auch wo er unter Verweis auf verschiedene Untersuchungen in Kleinbetrieben die Bevorzugung „individueller Selbstvertretung“ seitens höher qualifizierter Angestellter diskutiert, handelt es sich eher um einen generellen Kleinbetriebsbefund. Und wenn er zum Beleg seiner These, dass jeder „Alarmismus“ hinsichtlich einer erwarteten Erosion der Institution Betriebsrat fehl am Platze sei, eine Untersuchung anführt, der zufolge die Betriebsräte aus den Folgen der Finanzkrise gestärkt hervorgegangen seien und dazu allein auf deren größere Anerkennung durch die Beschäftigten verweist, dann erscheint diese Begründung doch einigermaßen schwach. Denn dieser Beweis wäre wohl nur zu führen, wenn man Untersuchungen hätte, die Interessenwirksamkeit bzw. Gestaltungskraft von Betriebsräten in den jeweiligen Interaktions- und Integrationsprozessen angesichts sich verändernder Bedingungen zureichend erfassen. Ich habe auf das Fehlen von aussagekräftiger Empirie innerhalb der Mainstreamforschung zu eben diesem Punkt an anderer Stelle (Martens 2008,90) exemplarisch anhand einer Untersuchung von Heiner Minssen und Christian Riese (2006) zum Co-Management von Betriebsräten im ÖPNV kritisch hingewiesen.

Untersuchungen, die solchen Fragen substanziell nachgehen, liegen unter den in Hermann Kotthoffs Bilanz angeführten Arbeiten kaum vor. Sein Hinweis auf eine Studie von Martin Schröder (2008) z.B. ist für einen solchen Beleg denkbar ungeeignet, denn für diese Untersuchung wurde sehr gezielt nach mittelständischen Unternehmen in Privatbesitz gesucht, in denen man – im Unterschied zu Dax-notierten Unternehmen und Global Players - eine andere „Standortethik“ zu finden hoffte und dann auch glücklich in zwei Fällen fand. Dass Jürgen Kädtler demgegenüber bereits 2006 in Betrieben der Großchemie einen Machtverlust der Betriebsräte feststellt, ist

⁶ Das betraf immerhin drei von zwölf Unternehmen. In der von Uwe Dechmann und mir durchgeführten Untersuchung über Standortkonflikte findet sich dazu im Zusammenhang unserer Analyse zur Rolle von höher qualifizierten Angestellten in solchen Konflikten eine ausführliche Würdigung beider Arbeiten (Martens/Dechmann 2010, 131-138).

da schon aussagekräftiger, wird aber in Kotthoffs Bilanz nur beiläufig erwähnt. Dass ihm Einschätzungen nicht geläufig sind, die Gewerkschaftspraktiker in Wissenschaftler-Praktiker-Dialogen geäußert haben, ist hingegen erklärlich. So hat z.B. das IGM Vorstandsmitglied Jans Jürgen Urban nach dem Schock der Weltfinanz- und neuen Weltwirtschaftskrise wiederholt von einem „neuen Korporatismus der dritten Art“ gesprochen, einem Korporatismus aus Verunsicherung und Schwäche auf allen Seiten. Zumindest Teile der Untersuchungen außerhalb des Mainstreams, die seine These nicht stützen (Fn. 5) hätte er hingegen kennen müssen. Die Analyse des Forums Gewerkschaften weist so unter Bezugnahme auf die infolge des neoliberalen Rollbacks über einen langen Zeitraum veränderten Rahmenbedingungen der Mitbestimmung überzeugend nach, dass sich die Mitbestimmung in Deutschland, wie die Unternehmen selbst in einem massiven Umstrukturierungsprozess befindet. Mit „Alarmismus“ habe diese Feststellung nichts zu tun – vielmehr aber mit der Frage nach „neuer Erdung“ von Mitbestimmung (Forum Gewerkschaften 2014, 25).

Doch genau für eine solche Erdung hat der eben behandelte Strang akademischer industriesoziologischer Institutionenforschung nichts zu bieten. Man muss dann schon auf die weniger akademisch orientierte, vornehmlich arbeitssoziologische Forschung der jüngeren Vergangenheit schauen. Und im Blick darauf möchte ich im Kontrast zu dem eben exemplarisch hervorgehobenen Diskurs im Mainstream des akademischen Fachs auf eine andere, arbeitspolitische Debatte abheben. Sie gehört die in den Zusammenhang eines übergreifenden Diskurses um Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit, der unstrittig sehr wesentlich auch von einer Reihe prominenter Lehrstuhlinhaber forciert worden ist und im akademischen Diskurs eine herausgehobene Rolle spielte⁷ - in den Bilanzierungen der „Industriellen Beziehungen“ hingegen, kennzeichnender Weise, gänzlich fehlt: Diese Debatte ist dann aber im Blick auf das, was Michael Schumann als „anwendungsorientierte Grundlagenforschung“ bezeichnet, vor allem in einem begrenzten Teilsegment der Disziplin geführt worden – und dies wiederum kennzeichnender Weise im engen Austausch mit der IG Metall. Die IG Metall hat in der ersten Phase einer Verdichtung dieser Debatten 2005 eine Tagung zu neuen Ansätzen einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik durchgeführt (Detje u.a. 2005). Dabei ging es um die Frage, welche Ansätze „innovatorischer“ oder „eigensinniger“ Arbeitspolitik sie heute in ihrer eigenen Politik aussichtsreich verfolgen könne. Wissenschaftliche Analysen und gewerkschaftliche Handlungssätze wurden präsentiert und diskutiert. Ansätze „innovatorischer“ (Schumann) und „eigensinniger“ Arbeitspolitik (Sauer), aber auch schon Überlegungen zu einer „Politik

⁷ Der Diskurs setzt bereits gegen Ende der 1980er Jahre ein (Schmiede 1988, Schumm 1988, Baethge 1991) und erhält dann über die Debatten um das Konzept des Arbeitskraftunternehmers (Voß/Pongratz 1998) einen neuen starken Impuls, der zu einer breiten Debatte zu Beginn der nächsten Dekade - siehe etwa die Beiträge in Moldaschl/Voß 2001 - in verschiedene Richtungen ausdifferenziert. Dazu gehören die Diskussionen um die „Wissenschaft“ ebenso wie die von Repräsentanten der einer „kritischen Industriesoziologie“ verpflichteten Institute geführte Diskussion um „Arbeit im Übergang“ (Sauer 2005) sowie um unterschiedliche arbeitspolitische Konzepte, die den Gewerkschaften in Auseinandersetzung mit den neuen Herausforderungen nahegelegt werden. Eine engere akademische Diskussion zu diesen Fragen ebenso wie die arbeitspolitischen Debatten setzen sich bis heute fort.

der Entprekarisierung“ (Dörre) bestimmten die Debatte aus Sicht der eingeladenen Wissenschaftler. Die Orientierung auf innovatorische Ansätze von „guter Arbeit“ über „besser statt billiger“ bis zu „Tarif aktiv“ wurde von den Praktikern aus den Reihen der IG Metall zur Diskussion gestellt. Der entsprechende arbeitspolitische Diskurs wird seither fortgesetzt – zwischen entsprechend engagierten WissenschaftlerInnen und der IG Metall im Rahmen eines dort im September 2009 eingerichteten Arbeitskreises „Arbeitspolitik und Arbeitsforschung“, aber auch in anderen Dialogräumen zwischen Arbeitsforschung und Gewerkschaften wie etwa dem „Forum Neue Politik der Arbeit“ oder auch dem „Forum Gewerkschaften“ der Zeitschrift „Sozialismus“. Ich skizziere im Folgenden exemplarisch den Auftakt entsprechender Debatten im Jahr 2005.

Michael Schumann präsentiert damals ein Konzept „innovativer Arbeitspolitik“ als eine „antitayloristische Arbeitsgestaltung“ (Aufgabenerweiterung, (mehr) Eigenverantwortung und Selbstorganisation, Bedeutungsgewinn von Subjektqualitäten). Kontinuitäten zu älteren Konzepten aus Zeiten des Aktionsprogramms Humanisierung des Arbeitslebens sind unübersehbar. Innovative Arbeitspolitik wird in bewusster Engführung der Argumentation als v. a. für die Gruppe der „Know-How-Träger“ als eine problemadäquate gewerkschaftliche Antwort auf die Veränderungen von Arbeit gekennzeichnet, die aber auch im Blick auf andere Arbeitstypen, v. a. im Bereich „ausführender Arbeiten“ aber auch bei den „Innovationsträgern“ bedeutsam sei. Aufgrund der unausweichlichen Ambivalenzen von Innovationsprozessen sei sie an Rahmenbedingungen im Bereich der Arbeits- und Betriebsorganisation (Gruppenarbeit, Dehierarchisierung), an geeignete Qualifizierungs- und Entgeltregelungen, Mitbestimmungsregelungen, Vertrauenskulturen und ein höheres Maß der Selbstorganisation der eigenen Interessenvertretung gebunden. Das SOFI-Projekt Auto 5000 bei VW wird als prominentes Beispiel entsprechender Ansätze genannt.

Dieter Sauer fragt demgegenüber vor dem Hintergrund seiner Zeitdiagnose eines „Bruchs mit dem fordristischen Produktions- und Sozialmodell“ skeptisch, ob es noch Spielräume für einen anty-tayloristischen Deal gebe. Aus seiner Analyse folgt: „radikale Vermarktlichung zerstört tendenziell die Verhandlungsgrundlagen und Spielräume gewerkschaftlicher Arbeitspolitik.“ Vor dem Hintergrund der von ihm vorgeschlagenen Unterscheidung von Prekarisierung, (Re-)Taylorisierung und Subjektivierung als Problem- und Gestaltungsfeldern von Arbeitspolitik kommt er zu dem Ergebnis, dass „das mittlere Feld der retaylorisierten Arbeit schrumpft, während die beiden anderen Felder der Prekarisierung und Subjektivierung zunehmen.“ Zugleich verringere sich mit „zunehmender Durchsetzung marktorientierter Organisations- und Steuerungsformen in den Unternehmen (...) die Möglichkeit einer kompromiss- und konsensorientierten Arbeitspolitik. Folgerichtig führt seine Analyse zur Frage nach Ansatzpunkten einer „eigensinnigen Arbeitspolitik“, die - nicht nur im Blick auf Kompromisse sondern aus dem Eigensinn der lebendigen Arbeit heraus – darauf zielt, „schlechter Arbeit“ Grenzen zu setzen, Institutionelle Sicherungen gegen Prekarisierung zu verteidigen und neu aufzubauen, Gestaltungsansprüche via Mitbestimmung zu beanspruchen und vermehrt Räume zur Reflexion der tiefgreifenden

Veränderungen von Erwerbsarbeit zu schaffen. Für eine strategische Neuausrichtung von Arbeitspolitik gelte es, „die progressiven Potentiale der gegenwärtigen Übergangsphase“ so „ins Visier“ zu nehmen und ihnen zur Entfaltung zu verhelfen.

Klaus Dörre schließlich diskutiert das Problem der Prekarisierung von Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen als „systemische Folge eines marktzentrierten Produktionsmodells“, durch die die soziale Frage zu Beginn des 21. Jahrhunderts wieder an Brisanz gewinne. Es gehe um eine „Wiederkehr der Unsicherheit“. Zwar sei die Gruppe der wirklich Ausgegrenzten in der Bundesrepublik noch nicht sehr groß, aber Prekarisierung sei „kein Phänomen an den Rändern der Arbeitsgesellschaft.“ Sie bewirke vielmehr „tatsächlich eine allgemeine subjektive Unsicherheit, die bis tief hinein in die Lebenslagen der formal Integrierten reicht.“ Prekarisierungsprozesse wirkten „desintegrierend und *zugleich* als disziplinierende Kraft“. Vor diesem Hintergrund werden verschiedene Elemente einer „Politik der Entprekarisierung“ - vom „Kampf um Ideen“ gegen den neuen neoliberalen „Geist des Kapitalismus“ über die Anerkennung der inzwischen eingetretenen Differenzierungen, Ansätze der Selbstorganisation von Gruppen des „äußerst heterogenen ‚Prekariats‘“, bis zu Forderungen nach qualifizierten sozialen Dienstleistungen und Mindestlohnmodellen - als Teil einer gewerkschaftlichen Arbeitspolitik diskutiert.

Die damalige Debatte ließe sich dahingehend zusammenfassen, dass man die verschiedenen wissenschaftlichen Analyseansätze nicht gegeneinander ausspielen darf. Hinter ihnen stehen sicherlich auch konzeptionelle Unterschiede, aber sie zielen eben auch auf verschiedene Teilgruppen oder Segmente der abhängig Beschäftigten – von den hochqualifizierten modernen Wissensarbeitern oder Symbolanalysten über die klassische gewerkschaftliche Kernklientel bis hin zu den an den Rand der Systems der Erwerbsarbeit gedrängten schon prekarisierten Beschäftigten. Auf alle diese Segmente bezogen bedarf es geeigneter arbeitspolitischer Ansätze der Gewerkschaften. Der Herausforderung zu arbeitspolitischen Ansätzen in dieser Spannbreite ist sich die IG Metall sicherlich auch bewusst – sonst wären vermutlich nicht wissenschaftliche Beiträge in Bezug auf die ganze Breite dieses Spektrums auf der erwähnten Tagung repräsentiert gewesen. Aber es fällt doch auf – nicht überraschend –, dass die präsentierten und diskutierten neueren gewerkschaftlichen Handlungsansätze eher auf Bereiche der klassischen gewerkschaftlichen Kernklientel fokussieren. Hier hat die IG Metall in der Folge auch mit ihren Kampagnen wie „Besser statt billiger“ oder „Tarif aktiv“ vor allem angesetzt (Haipeter u.a. 2011). Es gab aber auch schon zu dieser Zeit verschiedene Initiativen in Bezug auf höher qualifizierte Beschäftigte (Martens 2005), die sich seither weiterentwickelt haben (FNPA 2012), und ebenso haben sich seit der IG Metall-Kampagne „Initiative Solidarität“ für prekär Beschäftigte im Jahr 2006 die gewerkschaftlichen Aktivitäten für diese Beschäftigtengruppe mit beachtenswerten Erfolgen intensiviert, wie zuletzt die verschiedenen Beiträge zu gewerkschaftlichen Positionsbestimmungen in Bezug auf Prekarisierung zeigen (Schröder/Urban 2014). Die Forschung zu all diesen gewerkschaftlichen Ansätzen zeigt in ihren Ergebnissen sicherlich - neben deutlichen Hinweisen auf eine Schwächung der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Betriebsräten – auch,

dass die Betriebstäte und ihre Gewerkschaften große, z. T. durchaus erfolgreiche Anstrengungen unternommen haben, dem entgegenzuwirken. Ganz sicher kann man aber kaum von einem generellen Bedeutungszuwachs der Betriebsräte sprechen, auch weil in den erwähnten Kampagnen immer auch die Gewerkschaften mit im Spiel sind. Zum anderen kommen auch immer neue Formen der Beteiligung der Beschäftigten selbst ins Spiel. Für deren Entwicklung und Verständnis sind dann die Veränderungen von „Arbeit im Übergang“ als Bedingung für „innovative“ oder „eigenständige“ Arbeitspolitik bedeutsam. Und im Zuge dieser Entwicklungen verändert sich das Verhältnis von Betriebsräten und Belegschaften. Dies wird in vielen Untersuchungen sichtbar – entgegen der Einschätzung Kotthoffs, der hier eine Forschungslücke sieht.

IV.

Ich habe mich auf die Entwicklungen der Arbeits- und Industriesoziologie in diesem Essay einerseits aus der Perspektive subjektiver Erfahrungen meiner eher „grenzgängerischen“ Bezüge zu ihr, andererseits aber auch in einem zwar selektiven, aber doch stärker objektivierenden Rückblick auf die Entwicklung des Fachs beschäftigt. Schon in Bezug auf die herausgegriffenen Stränge der Forschung zu (betrieblicher) Mitbestimmung oder zur Entwicklung von Arbeit habe ich dabei ausgewählt. Weitere Stränge wie Gewerkschaftsforschung, Arbeiterbewusstseinsforschung, Arbeitsmarktforschung etc. blieben ausgespart. Aber es geht hier ja nicht darum, eine breit aufgefächerte Disziplin mit dem Anspruch auf auch nur annähernde Vollständigkeit zu würdigen.⁸⁸ Wie einleitend schon erwähnt, habe ich mich dazu mit meinen Beiträgen zur Krisendebatte des Faches, die ich zwischen den Jahren 2003 und 2008 geschrieben habe, ausführlicher geäußert, und ich sehe nicht, dass ich meine damaligen Positionen verändern müsste. In diesem Essay ging es mir nur darum, meine subjektive Bilanz durch den vertiefenden Blick auf wenige exemplarisch ausgewählte Forschungsstränge abzusichern. Teile der jüngsten Bilanzierungen in der für den Mainstream des Faches wohl bedeutsamsten Zeitschrift boten dafür einen willkommenen Anlass. Was mich dabei heute stärker interessiert, ist die Frage danach, ob diese Bilanzierungen – die in den „Industriellen Beziehungen“ und dann meine eigene - zu einem Bild einer spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs führen, das einmal mit einem einigermaßen umfassenden gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch angetreten ist. Die Arbeits- und Industriesoziologie wollte ja einmal mehr sein als eine soziologische Fachdisziplin. Meine zugespitzte Frage wäre hier, ob dieses früher gezeichnete Selbstbild nicht eher von vornehmerein ein Trugbild gewesen ist. Und ich komme über diese Frage zu einer Pointierung und vielleicht Schärfung meiner früheren Sicht der Dinge.

⁸⁸ Im Blick auf die Betriebsrats- und Mitbestimmungsforschung der letzten zwanzig Jahre habe ich aber an anderer Stelle eine umfassende Analyse vorgelegt (Martens 2015).

Dass Wissenschaftlerkollegen wie Michael Schumann die ersten Nachkriegsjahrzehnte im etwas nostalgischen Blick zurück als „goldene Jahrzehnte“ der kritischen Industriesoziologie ein wenig verklärt haben, ist verständlich. Das war die Phase ihres eigenen Aufstiegs innerhalb der Profession, und damals war es fast noch selbstverständlich, Arbeit als zentrale Kategorie zum Verständnis der Gesellschaft anzusehen. Gesellschaftsanalyse in Anknüpfung an oder Auseinandersetzung mit Marx lag bis in die 1970er Jahre hinein aus unterschiedlichen Gründen immer wieder sehr nahe – zunächst aufgrund bemerkenswert erfolgreicher Institutionalisierungsprozesse, die den Klassenkonflikt einfriedeten, dann wegen dessen vermeintlichem neuen Aufbrechens. Allerdings setzten dann, außerhalb der Profession, ziemlich bald die forcierten Debatten über „die Krise des Marxismus“ ein – und die warfen weiterreichen- de Fragen auf, als in der in der von Michael Schumann zustimmend zitierten Formulierung Horst Kerns anklingt, dass „die Forderung nach mehr Theoriearbeit (...) al- lerdings damals wie heute ihre Richtigkeit“ gehabt habe. Die Faszination, die das Fach vor dem Hintergrund wiederaufbrechender industrieller Konflikte in Westeuropa auf viele junge Sozialwissenschaftler meiner Generation ausühte, war aus meiner heutigen Sicht ein Irrtum, den ich mit manchen Anderen geteilt habe. Das Interesse an den empirischen Fragestellungen war berechtigt, aber das Angebot der industrie- soziologischen Erklärungsansätze, die uns damals wichtig wurden, war zu schmal. Außerdem gab es neben, wenn nicht vor ihnen auch andere, theoretisch zweifelhafte Traditionslinien innerhalb des Fachs. Dessen Faszination war so für mich schon im Ausgang der 1970er Jahre vorbei. Es bewegte sich als akademische Spezialdisziplin z. T. in die alten Bahnen zurück, die Baldamus seinerzeit kritisiert hatte, während ich selbst mich mit den Herausforderungen interdisziplinärer empirischer Arbeitsfor- schung konfrontiert sah. So verlor es für mich lange Zeit an Bedeutung. Mein neu erwachendes Interesse und meine Replik auf Schumanns Abschiedsvorlesung habe ich 2003 vor dem Hintergrund eines eigenen, im Rückblick allzu hoffnungsrohen Neuanlaufs auf meinem Feld anwendungsorientierter empirischer Arbeitsforschung formuliert – und dies deshalb, weil ich damals meinte, einen solchen Neuanlauf aus- sichtsreich mit der Besetzung einer nun profilierten Position im industriesoziologi- schen Diskurs flankieren zu können.

Das erwies sich als Irrtum. Es gelang mir mit einer Ausnahme (Martens 2008a) nicht, Aufsätze in den einschlägigen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften unterzubringen und auch ein Buch, das sich kritisch mit der Entwicklung der Industriesoziologie aus- einandersetzte (Martens 2007), fand bei deren Repräsentanten kaum Resonanz. Ich musste einsehen, dass ich nach mehr als dreißigjähriger, gegenüber der Arbeits- und Industriesoziologie eher „grenzgängerischer“ Forschung im eher selbstreferentiellen und selbstgenügsamen akademischen Fachdiskurs als Außenseiter nicht – oder bestenfalls als störend unangenehm - wahrgenommen wurde. Im heutigen Rückblick ist das im Übrigen nicht überraschend. Ich muss ja zugestehen, dass vor allem mein Aufsatz in der „Sozialen Welt“ von 2008 etwas von einem Einwurf von außen an sich hatte. Hier kritisierte also jemand - der im, Übrigen innerhalb der Disziplin kaum ein- mal engagiert war, und sich erkennbar auch nicht mehr engagieren wollte – das

Fach mit einem zugegebenermaßen sehr hohen Anspruch.⁹ Insofern waren die positiven Resonanzen, die es auch gab, eigentlich die bemerkenswerteren. Und erfreulich waren vor allem die Effekte in den arbeitspolitischen Debatten, in denen ich engagiert war. Dort wurden die Kontakte zu den hier beteiligten Arbeits- und Industriesoziologen enger.

Zu Beginn der Krisendebatte der Arbeits- und Industriesoziologie war meine Einschätzung dahin gegangen, dass mit neuen goldenen Jahren einer kritischen Industriesoziologie nicht zu rechnen sei und schon die alten „goldenene Jahre“ bei „näherer Betrachtung nur im etwas nostalgischen Rückblick so angenehm eingefärbt“ leuchteten. Hingegen gebe es, so meinte ich damals, vielleicht die Chance, den „potentiellen Beitrag empirischer Sozialforschung für eine „Neue Politik der Arbeit“ zu entfalten, wenn wir uns als Forscher und Berater im Modus „beobachtender Teilnahme“ – übrigens eine Formulierung, die Friedrich Weltz (1997) als Orientierung für einen „Weg aus der Marginalisierung der Industriesoziologie“ verwendet hatte – auf die ablaufenden Veränderungen einlassen würden. Dann dürften wir uns allerdings nicht davor fürchten, in einzelnen Projekten der Auftragsforschung „so sehr in die Handlungsdynamiken und –zwänge außerwissenschaftlicher Akteure hineingesogen zu werden, dass wir vermeintlich kritischen Wissenschaftlern als ‚servants of power‘ erscheinen könnten“. Wir müssten unsere Forschungs- und Beratungsarbeit in den „immer gegebenen gesellschaftlichen Verwendungszusammenhängen“ vielmehr so organisieren, dass wir „den Erfordernissen wissenschaftlicher Distanzierung Rechnung tragen und die Chancen der Kumulation wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritte im Blick auf eine sukzessive bessere methodische und theoretische Fundierung“ nutzen könnten. Weltz (2010) argumentiert im Rückblick auf seine lange Forschungserfahrung ganz ähnlich und sieht gerade in der Praxisnähe eine Chance zur zusätzlichen „Validierung der Befunde“. Ferner betont er, dass es auf einen „gleichzeitigen und gleichgewichtigen Blick auf menschliche Arbeit einerseits und auf den institutionellen, organisatorischen und ökonomischen Rahmen“ ankomme, wenn man stabile Gestaltungsansätze zu entwickeln und implementieren helfen wolle. Dies heute auf der Höhe der Zeit zu bewerkstelligen, erforderte aber konzeptionelle Ansätze und geeignete empirische Verfahren, die die immer noch weitgehend ungebrochenen Zwänge des „Shareholder-Kapitalismus“ im Zeichen fortgeschrittener Digitalisierung und der auf ihrer Grundlage möglichen „organisatorischen Revolution“ (Sauer 2013) ebenso zu erfassen gestatten, wie die Entfaltung der lebendigen Arbeit mit ihren neuen „Pathologien“ (Jaeggi/Kübler 2014), aber auch ihren inneren Logiken und Entwicklungspotentialen (Katenkamp u.a. 2014).

⁹ Meine kritische Bezugnahme auf die industriesoziologische Krisendebatte in der Sozialen Welt 2008 führte z.B. dazu, dass nicht nur ein in diesem Aufsatz explizit kritizierter Kollege, sondern auch eine der Größen des Fachs geradezu empört reagierten und mir rundheraus jegliche Kompetenz zu einer solchen Stellungnahme absprechen wollten. Erfreulich, und für mich überraschend war hingegen, dass der Herausgeber des abschließenden Sammelbandes zur „Neuvermessung“ des Fachs darin ein Kapitel aus meinem Buch aufgenommen hat.

Ich war seinerzeit – nach persönlich eher krisenhaft erlebten Erfahrungen gegen Ende der 1990er Jahre, wie schon angedeutet, gerade an einem Neuanlauf zur Herbeiführung von Inter- und Transdisziplinarität aktiv beteiligt – also wieder einigermaßen optimistisch im Blick auf den Typus von anwendungsorientierter Arbeitsforschung, an dessen Professionalisierung ich an der Sozialforschungsstelle langjährig aktiv mitgearbeitet hatte (Martens 2013). Heute müsste ich einräumen, dass ich mich da ein gutes Stück weit getäuscht habe. Dieter Sauers fünf Jahre später getroffene Einschätzung, dass eine kritische Industriesoziologie schwerlich eine Renaissance erleben, vielmehr „stärker auf subversive Strategien verwiesen“ sein werde, war da deutlich realistischer – sowohl gegenüber Michael Schumanns Optimismus in Bezug auf eine arbeits- und industriesoziologische „anwendungsorientierte Grundlagenforschung“, wie auch gegenüber meinen Hoffnungen auf eine anwendungsorientierte Arbeitsforschung ohne diesen engen Disziplinbezug. Dieser größere Realismus wurde allerdings auch durch die Entwicklung der inzwischen vergangenen fünf Jahre verstärkt nahegelegt. Waren die Verhältnisse schon zu Beginn der Dekade dadurch gekennzeichnet, dass die verbliebene Schubkraft aus dem reformpolitischen Jahrzehnt der 1970er Jahre sehr schwach geworden war, so war diese nun definitiv aufgezehrt. Darüber hinaus traf das neoliberale Rollback nicht nur die aus den Universitäten ausgewanderte Arbeitsforschung massiv, sondern auch die universitäre Forschung selbst. Es war ja kaum drei Jahre später, dass der Soziologe Richard Münch (2011) von einem „akademischen Kapitalismus“ gesprochen hat, in dem unsere Gesellschaft im Zuge der Ökonomisierung der Universität die „Universitäten als Freistätten des Geistes“ aufgebe. Und der Philosoph Reinhard Brandt (2011) hat zur selben Zeit gegenüber einer nun am Paradigma der Schule orientierten Universität dazu aufgefordert, zu Partisanen der Erkenntnis“ zu werden und „das Regime der Bürokratie“ zu demaskieren und zu schwächen, wo immer es möglich sei.

Mir fallen, nochmals gut drei Jahre später, meine Schlussfolgerungen in diesem Essay leicht: Innerhalb des Fachs mit seinen inzwischen doch sehr deutlichen akademischen Schwerpunktsetzungen muss ich mich nicht mehr positionieren, und auch die Nische empirischer, anwendungsorientierter Arbeitsforschung muss ich nach dem Ende meiner Erwerbstätigkeit nicht mehr behaupten. Beides vergrößert die Chance zu einer produktiven Distanznahme:

Aus der Krise des Fachs sind unterschiedliche Konsequenzen gezogen worden. Die drei wichtigsten sind aus meiner Sicht: (1) eine weitere, eher selbstbescheidene Akademisierung, (2) die weitere Fokussierung auf eine kritische, im Kern arbeitssoziologische Analyseperspektive an einigen Lehrstühlen und in einigen eher hochschulferneren Forschungseinrichtungen und (3) die Orientierung auf anwendungsorientierte sozialwissenschaftliche Arbeitsforschung bei fortgesetzter Relativierung des spezialdisziplinären Bezugs und neuen Anstrengungen zu Inter- und Transdisziplinarität.. Die erste dieser Konsequenzen lässt sich am Mainstream der Debatten nachverfolgen, wie er etwa in der Zeitschrift „Industrielle Beziehungen“ zum Ausdruck kommt. Die zweite lässt sich vor allem entlang der Entwicklung der großen Arbeits- und industriesoziologischen Institute nachzeichnen. Zu ihnen rechnete aus

meiner Sicht die sfs nach ihrer Neugründung zu Zeiten der „goldenen Jahre der kritischen Industriesoziologie“ nur in Grenzen. Zu ihnen sind aber andere Forschungseinrichtungen wie, nach 2000, zunächst das FIAB und später die Forschungsgruppen an der Universität Jena, zusammen mit einigen weiteren hinzuzurechnen. Für die dritte Gruppe steht aus meiner Sicht in besonderer Weise, aber ganz sicher nicht allein die sfs als Landesinstitut.

Alle diese Konsequenzen haben ihre Plausibilität. Alle sind nur begrenzt erfolgreich gewesen; aber sie sind unterschiedlich zu bewerten. Die Selbstbehauptung als akademisches Fach – gegenüber betriebswirtschaftlicher Organisationsforschung, Organisationssoziologie etc. – konnte der Arbeits- und Industriesoziologie auf Dauer nur bedingt Stabilität sichern. Die Zahl der Lehrstühle schrumpfte. Die Selbstreferentialität seiner Debatten begrenzte das Fach spezialdisziplinär und nahm ihm den Großteil seines kritischen Potentials. Nachdem Gerhard Brandt (1984) im Ausgang der vermeintlich „goldenen“ Jahre noch einmal die enge Verknüpfung von Marxismus und Industriesoziologie hervorgehoben hatte, sind die blauen Bände eher unauffällig, aber doch ziemlich rasch aus den Regalen entfernt und statt dessen systemtheoretische oder neoinstitutionalistische Bezüge in den Vordergrund der Debatten gerückt worden. Im akademischen Mainstream des Faches, wie er etwa in den Bilanzierungen in den „Industriellen Beziehungen“ zum Ausdruck kommt, geht es damit auch analytisch wesentlich um die Variabilität und Stabilität gegebener Prozessstrukturen – seien sie nun neoinstitutionalisch oder systemtheoretisch gefasst. Um Christian v. Ferber hier noch einmal zu zitieren: „die soziale Wirklichkeit gehört keiner einzelnen Disziplin“. Sie richtete sich eben nicht nach deren Wahrnehmungsgrenzen und innerhalb derer geht es eben eher darum „immer mehr von immer weniger zu wissen“. Man könnte hier aber in Bezug auf ein Wissenschaftsverständnis, dem es allein darum geht – sei es nun institutionen- oder systemtheoretisch orientiert – festzustellen was ist, auch so argumentieren wie Oskar Negt und Alexander Kluge: „Das ist der grundlegende Unterschied (zwischen ihren eigenen Anstrengungen um eine Politische Ökonomie der Arbeitskraft, die in unseren heutigen Zeiten einer ‚Subjektivierung von Arbeit‘ grundlagentheoretisch immer wichtiger wird (H.M.)) zur politischen Ökonomie des Kapitals, die nicht mit Potentialen rechnet, sondern mit Realitäten und aktuellen Verhältnissen. Mit Potentialen geht sie um, aber ausschließlich zum Ziel ihrer wirklichen Aneignung. Gegenstand der Wissenschaft der politischen Ökonomie sind die angewendeten Formen, nicht die möglichen“ (Negt/Kluge 1981, 270, Hervorhebung im Original). Gegenstand des institutionentheoretischen Zugriffs der Industriesoziologie sind die eingetretenen Stabilisierungs- und Integrationseffekte und nicht die durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse – auf Seiten der lebendigen Arbeit wie auch auf Seiten des ihre Verausgabung bedingenden herrschaftlichen gesellschaftlichen Zusammenhangs – ausgelösten Krisenentwicklungen, mit den dadurch induzierten Gegenbewegungen aber auch neu eröffneten Möglichkeitsräumen.

Wer die zweite der drei Konsequenzen zog, orientierte sich, lange noch getragen vom Schub des Jahrzehnts sozialdemokratischer Reformpolitik, im Grunde früh auf

Nischen jenseits des sich herausbildenden Mainstreams und versuchte gegen ihn am kritischen Impetus der Aufbruchsjahre festzuhalten. Aus dieser Perspektive heraus hat Michael Schumann versucht, nach dem Jahrhundertwechsel, im Blick auf die sich abzeichnenden Widersprüche des neoliberalen Rollbacks - er spricht seinerzeit noch vorsichtig von „neuen Turbulenzen“ - die Argumente für seine optimistische Prognose zu entwickeln. Und in dieser Perspektive hat sich die arbeitssoziologische Forschung in München, Göttingen oder Jena weiterentwickelt und – am ehesten wohl der Prognose von Dieter Sauer entsprechend – ihre Nische behaupten können. Und auch der damals an der sfs in einem Neuanlauf begonnene Versuch, anwendungsorientierte Arbeitsforschung ohne den engen industriesoziologischen Disziplinbezug neu in Stellung zu bringen, war auf eine Nischenexistenz verwiesen. Er fand diese weiter einschrumpfende Nische zunächst eher außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses in einigen Feldern wissenschaftlicher Beratung, und er versucht heute, sie in Bezug auf arbeitssoziologische Fragen durch große Anstrengungen um die Herstellung von Interdisziplinarität weiter zu befestigen.

Blickt man heute auf alle drei Entwicklungslinien, so zeigt sich einmal mehr: nostalgische Rückblicke sind unangebracht und Erneuerungen/Erweiterungen spezialdisziplinärer Zugriffe reichen Entwicklung des Landesinstituts zu einer zentralen wissenschaftlichen Universitätseinrichtung wurde eine Akademisierung der Forschung forcierter. Und mit der Leitfragestellung nach sozialer Innovation verschwand der vorher zentrale Bezug auf Arbeit. Lediglich in einem Teilbereich des Instituts gelang eine erfolgreiche Behauptung interdisziplinärer Arbeitsforschung – wiederum in einer Nische, nun aber auch in einer Institutsnische und zuletzt vornehmlich im Rahmen einer Vereinslösung außerhalb des Instituts. Aktuell scheint es zwar so zu sein, dass das Institut insgesamt um eine Reaktivierung seines arbeits- und industriesoziologischen Forschungsstranges bemüht ist, aber welche Entwicklungen daraus folgen, bleibt abzuwarten.

Meine Kritik am, Mainstream der Industriesoziologischen Forschung habe ich weiter oben formuliert. Meine Sympathie mit den Anstrengungen, im Wege interdisziplinärer Arbeitsforschung immer noch beharrlich der Frage analytisch nachzugehen, welche widerständigen Potentiale der lebendigen Arbeit angesichts der fortschreitenden Subjektivierung und Entgrenzung von Erwerbsarbeit auszumachen und wie sie im Blick auf „das Ganze“ gesellschaftlich notwendiger Arbeit (Kambartel 1994, Biesecker 1999) in der Perspektive auf sozial wie auch ökologisch nachhaltigere gesellschaftliche Entwicklungen gestärkt werden können, habe ich zum Ausdruck gebracht. Blickt man schließlich auf Forschungsgruppen, die sich weiterhin konsequent um die Weiterentwicklung - oder angesichts der Folgen des neoliberalen Rollbacks auch eine Neubegründung – anwendungsorientierter empirischer Arbeitsforschung bemüht haben, ist das Bild, das sich zeichnen lässt, nicht allzu ermutigend. Am Beispiel der sfs etwa müsste man sagen: bei der Neuanknüpfung an arbeits- und industriesoziologische Forschung, die derzeit versucht werden soll, bleibt abzuwarten, wie stark das in Anknüpfung an eigene ältere Traditionslinien oder aber im Bemühen um größere Nähe zu einer stärker akademischen Orientierung geschehen wird.

Wissenschaftlich spricht so im Ergebnis meiner hier angestellten Überlegungen viel für Immanuel Wallersteins These, dass die vorliegenden spezialdisziplinären Grenzen der Sozialwissenschaften eher geeignet sind einen im Hinblick auf gestaltendes, also eingreifendes Handeln angemessenen Zugriff auf die soziale Wirklichkeit zu verstehen, weshalb es darauf ankäme, die Sozialwissenschaften zu öffnen oder „kaputtzudenken“ (Wallerstein 1995 und 1996). Etwas später (Wallerstein 2004) hat er zugespitzter, aber zugleich nur recht allgemein davon gesprochen, die Sozialwissenschaft befände sich „seit 1989 weltweit in einem jämmerlichen Zustand“. Aber die Beharrungskraft von Institutionen ist groß. Das hat die Forschung im Mainstream der Industriesoziologie in Bezug auf ihren Gegenstand ja durchaus gezeigt, wenn auch unter Verkennung von Erosionsprozessen. Die Bereitschaft zur Öffnung der Sozialwissenschaften – so Wallersteins Forderung im Ergebnis der unter seinem Vorsitz arbeitenden Gulbenkian-Kommission (Wallerstein 1996) – wird also, so ist zu befürchten, eher gering sein, der Widerstand der institutionalisierten Disziplinen und Spezialdisziplinen hingegen hartnäckig. Mein Blick zurück auf meine eigenen Erfahrungen mit der Arbeits- und Industriesoziologie als Wissenschaftsdisziplin bietet dafür reichhaltiges Anschauungsmaterial. Junge Menschen, die heute mit kritischem Blick auf die Gesellschaft ihr Studienfach auswählen, dürften eher vom ökologischen Diskurs der Gesellschaft angeregt sein und z.B. Biologie studieren. Der Arbeits- und Industriesoziologie als Disziplin traue ich so, wie sie sich heute präsentiert, jedenfalls kaum zu, dass sie für junge Menschen, die gesellschaftspolitisch interessiert und engagiert sind, nennenswerte Attraktivität besitzt.

Wer in solcher Lage gegen spezialdisziplinären Begrenzungen und Selbstbescheidenheiten an für eine andere, gesellschaftskritische Sozialwissenschaft streiten will, der hat dann allerdings - über das Erfordernis hinaus, sich dazu heute als „Partisan der Erkenntnis“ verstehen und entsprechend handeln zu müssen - auch mit dem Problem zu tun, dass die gesellschaftliche Entwicklung irgendwie immer noch auf die Ent-täuschungen zu reagieren scheint, die sich mit den sozialen Bewegungen verknüpfen, die aus den Protesten gegen Ende der 1960er Jahre heraus entstanden sind. Soziale Bewegungen die in einer emanzipatorischen Perspektive auf die multiplen Krisenprozesse der Zeit reagieren, sind in Europa bislang allenfalls an der südlichen Peripherie der EU zu beobachten. Ich bin mir zwar sicher, dass wir in absehbarer Zeit die massiven Folgen der multiplen Krisenentwicklungen, v. a. im Bereich von Ökonomie und Politik, auch hier im noch ruhigen „Auge des Sturms“ erleben werden. Ein wissenschaftlicher Zugriff auf die krisenhaften Umbrüche der modernen Arbeitsgesellschaften, wird dann aber für diejenigen, die Ansatzpunkte für eingreifendes, gestaltendes Handeln besser herausarbeiten wollen, nur über Neuansätze einer inter- und transdisziplinären Forschung zu haben sein.

Ausgewählte Literatur

- Baldamus, W. (1960): Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse, Berlin
- Baethge, M. (1987): Nachwort zu einer Diskussion, die hätte geführt werden sollen, in: Im Auftrag der deutschen Gesellschaft für Soziologie von Burkhard Lutz (Hg.), Technik und Sozialer Wandel: Verhandlungen des 23. Deutschen Soziologentages in Hamburg 1996, Frankfurt a.M./New York, S. 185 - 195
- Baethge, M. (1991): Arbeit, Vergesellschaftung, Identität. Zur zunehmenden normativen Subjektivierung der Arbeit, in: Soziale Welt, Jg. 42, H. 1, S. 6-19
- Biesecker, A. (1999): Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit“. Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (WZB), Paper 00504 der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie“
- Blom, P. (2010): Böse Philosophen. Ein Salon in Paris und das vergessene Erbe der Aufklärung, München
- Brandt, G. (1984): Marx und die neuere deutsche Industriesoziologie, in: ders. (Hg.) Arbeit, Technik und gesellschaftliche Entwicklung, Frankfurt am Main
- Brandt, R. (2011): Wozu noch Universitäten?, Hamburg
- Deeke, A. (1982): Industriesoziologie als Gestaltungswissenschaft, in: Fricke, W.; Peter, G.; Pöhler, W. (Hg.): Beteiligen, Mitgestalten, Mitbestimmen. Arbeitnehmer verändern ihre Arbeitsbedingungen, Köln, S. 142 ff
- Detje, R.; Pickshaus, K.; Urban, H. J (2005): Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien, Hamburg
- Detje, R.; Menz, W.; Nies, S.; Sanné, G.; Sauer, D.; Birken, T. (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen - eine Bestandsaufnahme, Hamburg und München
- Dzielak., W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Stanislawski, V.; Wassermann, W, (1978): Belegschaften und Gewerkschaft im Streik. Am Beispiel der chemischen Industrie, Frankfurt/New York
- Dzielak, W., Hindrichs, W.; Martens, H. (1979): Den Besitzstand Sichern! Der Tarifkonflikt 1978 in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Frankfurt/New York
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Schophaus, W. (1981): Arbeitskampf um Arbeitsplätze. Der Tarifkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie, Frankfurt/New York
- Ferber, C. v. (1997): Sozialforschung – Ein zukunftsweisendes Modell für Interdisziplinarität und Praxisorientierung, in: ARBEIT, H. 2, 1997, S. 139-153
- Frerichs, J.; Martens, H. (1999) Projektmanagement in der Betriebspolitik, in ARBEIT 4/1999, S. 389-405 (1999)
- Forum Gewerkschaften (2014): Plädoyer für einen Neustart. Betriebliche Mitbestimmung auf dem Prüfstand. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 11/2014
- Fürstenberg, F. (1959): Der Betriebsrat im Spannungsfeld der industriellen Arbeitsbeziehungen, in, Atteslander, P. (1959): Konflikt und Kooperation im Industriebetrieb, Köln-Opladen
- Heinz, W. R.; Kotthoff, H.; Peter, G. (Hg.) (2001): Beratung ohne Forschung – Forschung ohne Beratung? Münster
- Hindrichs, W.; Jürgenhakt, J.; Kleinschmidt, C.; Kruse, W.; Lichte, R.; Martens, H. (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen
- Jaeggi, R.; Kübler, L. (2014): Pathologien der Arbeit. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen Kooperationsverhältnisses, in WSI-Mitteilungen, 7/2014, S. 521- 527
- Kambartel, F. (1994): Arbeit und Praxis, in: Honneth, A. (Hg.): Pathologien des Sozialen. Die Aufgaben der Sozialphilosophie, Frankfurt am Main, S. 123-139
- Klatt, R. (1995): Zu einer hermeneutischen Soziologie der betrieblichen Mitbestimmung. Konstruktivistische Perspektiven in der Analyse des Alltags von Betriebsräten, Münster/Hamburg/London
- Kotthoff, H. (1981): Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb, Frankfurt am Main
- Kotthoff, H. (1994): Betriebsräte und Bürgerstatus, München und Mering

- Kotthoff, H. (1996): Führungskräfte im Wandel der Firmenkultur, Berlin
- Kotthoff , H. (2006): Lehrjahre des europäischen Betriebsrats. Zehn Jahre transnationale Arbeitnehmervertretung, Berlin
- Kotthoff, H. (2013): Betriebliche Mitbestimmung im Spiegel der jüngeren Forschung, in: Industrielle Beziehungen, 4/2013, S.323-341
- Kotthoff, H.; Wagner, A. (2008): Die Leistungsträger. Führungskräfte im Wandel der Firmenkultur, Berlin
- Kratzer, N.; Pfeiffer, S.; Knoblauch, B. (2006): Perspektive erweitert, Fokus verloren? Ein Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Arbeitsforschung oder: Fokussierte Erweiterung als Anforderung an eine zukunftsfähige Arbeitsforschung, in: Dunkel, W.; Sauer, D. (Hg.): Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit, Berlin, S. 203-220
- Kühl, S. (2003): Wie verwendet man Wissen, das sich gegen die Verwendung sträubt? Eine professionssoziologische Neubetrachtung der Theorie-Praxis-Diskussion in der Soziologie, in: Franz, H.-W. u.a. (Hg.) a. a. O. S, 71- 91
- Kühl, S. (2004): Von der Krise, dem Elend und dem Ende der Arbeits- und Industriesozioologie, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Jg. 33, Heft 2, 2004, S.7-16
- Lepsius, M. Rainer (2003), „Die Soziologie ist in einer Dauerkrise. Gespräch mit Georg Vobruba“, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 32.Jg. Heft 3, S.20-30.
- Lichte, R. (1978):Betriebsalltag von Industriearbeitern, Frankfurt/New York
- Lutz, B.; Schmidt, G. (1977): Industriesozioologie, in: König, R. (Hg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Band 8 Stuttgart, S. 101-262
- Martens, H. (1994): Empirische Institutionenforschung – theoretische und methodologische Aspekte am Beispiel der Mitbestimmungsforschung, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 273-300
- Martens, H. (1996): Zur Institutionalisierung von Mitbestimmung in Ostdeutschland im Kontext der Modernisierung der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, S. 165-178
- Martens, H. (2001): Auf dem Weg zu einer neuen Aktionsforschungsdebatte? Forschung, Organisations- und Politikberatung aus Sicht sozialwissenschaftlicher Arbeitsforschung, in: Fricke, W. (Hg.) Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 340 - 370
- Martens, H. (2003): Neue Formen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion in der „Wissensgesellschaft“ und der Nützlichkeits- und Wahrheitsbezug der Wissenschaften, in: Katenkamp. O.; Peter. G. (Hg.): Die Praxis des Wissensmanagements, S. 196 – 223
- Martens, H. (2007): Industriesozioologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, Münster
- Martens, H. (2008a): Arbeits- und Industriesozioologie: Ende der Debatte bedeutet nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt 2/2008, S. 790-100
- Martens H. (2008b): Krise der Industriesozioologie und/oder neue Formen der Wissensproduktion? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, in: Huchler, N. (Hg.): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der DisziplinArbeits- und Industriesozioologie, Berlin, S. 169-198
- Martens, H. (2010):Bilanz nach 38 Jahren, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010) Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H. (2015): Erfolgsbilanz oder Herausforderungen zu einem Neustart? Ein kritischer Blick auf die Betriebsratsforschung seit 1990 und deren Bilanzierung durch die akademische Industriesozioologie www.drhelmutmartens.de
- Maurer, A. (2004): Elend und Ende der Arbeits- und Industriesozioologie? Einige Anmerkungen zu Erkenntnisprogrammen, Theorietraditionen und Bindestrich-Soziologien, in: Soziologie, Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 33. Jg.; Heft 4, 2004, S. 7-19

- Minssen., R.; Riese, C., (2006): Qualifikation und Kommunikationsstrukturen des Co-Managers – Zur Typologie von Betriebsräten
- Moldaschl, M.; Voß, G. G. (2002): Subjektivierung der Arbeit, München und Mehring
- Müller-Jentsch, W. (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York
- Müller-Jentsch, W. (2013): Zwanzig Jahre *Industrielle Beziehungen* – Rückblick und Bilanz, in: 2Industrielle Beziehungen, 4/2013, S.254-284
- Münch, R. (2011): Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform, Frankfurt am Main
- Negt, O.; Kluge, A. (1981): Geschichte und Eigensinn. Geschichtliche Organisation der Arbeitsvermögen. Deutschland als Produktionsöffentlichkeit. Gewalt des Zusammenhangs, Frankfurt am Main
- Pöhler, W. (1971): Der Soziale Konflikt als Hauptaspekt industriesoziologischer Forschung, Dortmund, veröffentlicht in: Georg, A.; Martens, H.; Müller, K.; Peter, G. (Hg.): Arbeit und sozialer Konflikt, sfs-Dortmund, Beiträge aus der Forschung Bd. 165, S. 158-164
- Peter, G. (1990): Theorie der Arbeitsforschung, Frankfurt/New York
- Peter, G. (1989): Mitbestimmung zwischen Arbeitspolitik und Interessenvertretung - Skizze eines Forschungsansatzes, in: Martens, H.; Peter, G. (Hg.): Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung, Wiesbaden S. 13 – 33
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden, S. 47-84
- Rehder, B. (2006): Legitimitätsdefizite des Co-Managements. Betriebliche Bündnisse für Arbeit als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung, in: Zeitschrift für Soziologie, 3/2006, S. 227-242
- Sauer, D. (2013): Die organisatorische Revolution. Umbrüche in der Arbeitswelt – Ursachen, Auswirkungen und arbeitspolitische Antworten, Hamburg
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster
- Schröder, M. (2011): Die Macht moralischer Argumente: Produktionsverlagerungen zwischen wirtschaftlichen Interessen und gesellschaftlicher Verantwortung, Wiesbaden
- Schumann, M. (2002): Das Ende der kritischen Industriesoziologie? Leviathan, 4/2002, S. 235 – 244
- Voß, G.G.; Pongratz, J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft , in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 1/1998, S. 131-158
- Wallerstein, I (1995): Die Sozialwissenschaften „kaputtdenken“. Die Grenzen der Paradigmen des 19. Jahrhunderts, Weinheim
- (1996): Die Sozialwissenschaften öffnen. Ein Bericht der Gulbenkian Kommission zur Neustrukturierung der Sozialwissenschaften, Frankfurt-New York
 - (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Weltz, F. (1977): Kooperative Konfliktverarbeitung in Industriebetrieben, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Heft 5 und 8 1977
- (1997): Beobachtende Teilnahme – Ein Weg aus der Marginalisierung der Industriesoziologie, in: Lange, H.; Senghaas-Knobloch, E. (Hg.): Konstruktive Sozialwissenschaft, Münster, Hamburg, London
 - (2010): Arbeit mit Fallstudien, in: Pongratz, H. J.; Trinczek, R. (Hg.): Industriesoziologische Fallstudien. Entwicklungspotentiale einer Forschungsstrategie, Berlin, S.233-256